

München, 02.02.2017

Immer mehr Unternehmen finanzieren Forschung an bayerischen Hochschulen

Steigender Anteil der sogenannten Drittmittel-Forschung - Haushaltspolitiker Dr. Herbert Kränzlein warnt vor zu großer Abhängigkeit

Die Hochschulen in Bayern finanzieren immer mehr ihrer Forschungsvorhaben aus Fördergeldern der Industrie. Wie aus einer Anfrage des Landtagsabgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein** an das bayerische Kulturmministerium hervorgeht, ist die finanzielle Förderung von Hochschulen von Seiten der Wirtschaft in Bayern in den letzten fünf Jahren gestiegen – dazu gehören sowohl Kooperationen von Hochschulen und privaten Geldgebern, sogenannte „Auftragsforschungsprojekte“, als auch die private Förderung von Werkverträgen. Bei manchen Hochschulen in Bayern - wie zum Beispiel an den Münchner Hochschulen oder an der Hochschule Deggendorf - werden ein Drittel und mehr der Einnahmen der Hochschulen als sogenannte Drittmittel ausgewiesen.

„Dem bayerischen Staat sind seine Hochschulen immer weniger wert, sie bekommen viel zu wenig Geld für eine vernünftige Grundfinanzierung“, kommentiert Herbert Kränzlein, Mitglied des Haushaltsausschusses, die Informationen aus dem Ministerium. „Als Folge werden Forschungsprojekte abhängig von den Erwartungen freigiebiger Unternehmen.“ An der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt gibt es zum Beispiel einen Hörsaal mit dem Namen ALDI Süd; laut hochschulwatch.de sind an der Technischen Universität München zahlreiche Stiftungsprofessuren ausgewiesen, die unter anderem von der Airbus Group, der Südchemie AG oder der Capgemini Deutschland GmbH finanziert werden.

Angeichts solcher Verhältnisse sieht der Abgeordnete Kränzlein die Freiheit von Lehre und Forschung gefährdet: „Der Einfluss der Wirtschaft ist viel zu hoch. Forschungsprojekte, die der Industrie nützen, werden bevorzugt, und andere Wissenschaften, wie zum Beispiel geisteswissenschaftliche Forschung, benachteiligt.“

Außerdem fragt der Abgeordnete nach dem finanziellen Ausgleich für in Anspruch genommene Forschungsergebnisse der vom Staat besoldeten Wissenschaftler durch die Industrie: „Unternehmen nutzen in Kooperationen entstandene Patente, zahlen aber nur bedingt einen Ausgleich dafür, dass deren Entwicklung unter Beteiligung staatlicher Hochschulen geschah“, bemerkt Kränzlein. „Es besteht der Verdacht, dass Unternehmen viel Geld zu Lasten der

Allgemeinheit verdienen.“ In der Anfrage gibt das Ministerium an, über solche Fälle keine Informationen zu besitzen.

[Anfrage Kränzlein \(PDF, 170 kB\)](#)